

Selbständig: Depesche

Nachrichtendienst für inhabergeführte Unternehmungen | ASU/BJU - Regionalkreis Berlin | Ausgabe 05/2009

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER BJU

Das Familienunternehmer-Prinzip: Handeln und Verantwortung

Die Familienunternehmer und die Jungen Unternehmer machen sich zu Botschaftern einer Wachstumsoffensive auch nach der Wahl.

Die Maximen Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung sind für unsere Verbandsmitglieder keine leeren Worte. Der Familienunternehmer repräsentiert verantwortliches Unternehmertum – nicht zuletzt, weil er mit seinem Kapital haftet und Verantwortungsbewusstsein gegenüber seinen Mitarbeitern empfindet. Familienunternehmer denken und handeln nicht in Quartalen, sondern in Generationen.

Wir finden: Einfach nur zuzusehen, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen, Erfahrung, Wissen und Lebensentwürfe zerstört und Kapital vernichtet wird, ist keine Antwort auf die derzeitige Krise. Worauf es jetzt in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ankommt, sind nicht teure Konjunkturprogramme, die die Staatsverschuldung zu Lasten künftiger Generationen erhöhen, sondern schnelle und präzise Entscheidungen.

Die Familienunternehmer und Jungen Unternehmer stellen sich entsprechend in den Dienst einer Wachstumsoffensive und engagieren sich im Superwahljahr 2009

als Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft mit der bundesweiten Kampagne „Die Familienunternehmer. Immer eine Generation voraus“, über die im Internet unter www.generationenvoraus.de informiert wird. Zentrale Forderungen der Familienunternehmer und



Die Familienunternehmer - ASU / Anne Kreuz

Jungen Unternehmer sind unter anderem die Rückverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, die Abschaffung der „Kalten Progression“ und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. In diesem Zusammenhang wird auch eine Reform der Einkommensteuer gefordert, damit den arbeitenden Bürgern endlich wieder mehr Netto vom Brutto übrigbleibt. Schließlich sind die Mitarbeiter unserer Verbandsmitglieder die Leistungsträger der Volkswirtschaft.

Als symbolische Forderung für eine Wachstumsoffensive in den ersten 100 Tagen der künftigen Bundesregierung pflanzten Ende August über 50 Familienunternehmer, junge Unternehmer, ihre Mitarbeiter, Azubis und Schüler 100 Apfelbäume in Sichtweite des Kanzler-

amtes. Dirk Martin, Bundesvorsitzender „Die Jungen Unternehmer – BJU“ dazu: „Nur mit konkreten Maßnahmen im Bereich Steuern und Arbeitsmarkt, die in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung umgesetzt werden, können wir die Wachstumskräfte in Deutschland entfesseln. Die 100 Bäume wurden in den anschließenden Tagen an Familienunternehmer in ganz Deutschland versandt, wo sie mit Mitarbeitern und Azubis gemeinsam eingepflanzt werden - als Symbol für mehr Wachstum.“

Vorstandswahl im Regionalkreis

Am 19.11.09 stellt sich der neue Vorstand des RK zur Wahl. Parallel werden auch die Vorsitzenden des Landesverbands benannt.

Die Kandidaten-Riege: Der mehrjährige BJU-Regionalkreis-Vorsitzende Sven Fietkau passiert die Altersgrenze, und kandidiert für den

Landesvorsitz der Familienunternehmer. Für seinen Platz steht Pavel Peters zur Wahl bereit. George Brenninkmeijer bleibt dem Regionalkreisvorstand erhalten. Als Vorsitzende des Regionalkreises der Familienunternehmer stellt sich die jetzige Amtsinhaberin

Bettina Mützel wieder zur Wahl. Für den Landesvorsitz der Jungen Unternehmer wird noch ein Kandidat gesucht. Jens-Uwe Lösel, der ebenfalls die Altergrenze überschritten hat, ist mit der Suche eines Nachfolgers beauftragt. ggf. wird er den Posten kommissarisch weiterführen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
DIE FAMILIENUNTERNEHMER - ASU
Tuteur Haus | Charlottenstr. 24
10117 Berlin
Tel: 030 300 65-0
www.familienunternehmer.eu
kontakt@familienunternehmer.eu
www.bju.de, bjubju.de

Versand:
BFB BestMedia4Berlin GmbH
www.bfb.de
www.gelbseiten.de

Chefredaktion/V.i.S.d.P.:
Heike Dettmar
redaktion@selbstaendig-magazin.de

Kontakt & Anzeigenvertrieb:
selbständig:depesche
c/o die-unternehmensdienstleister.de
Marburger Straße 2
10789 Berlin
www.die-unternehmensdienstleister.de
anzeigen@selbstaendig-magazin.de

Produktion:
bildbau ag neue medien
Posthofstraße 8
14467 Potsdam
Tel.: 0331/50 58 400
www.bildbau.de
welcomer@bildbau.de

Initiiert und konzipiert von:
 bildbau ag neue medien
www.bildbau.de

 tts office support
Telefon, Termine, Sekretariat
 zweimaleins | werbeagentur alexander stendel
www.zweimaleins.de

Aktuelles:

Verbands-Stammtisch

Datum: 07.10.2009

Zeit: 19.00h

Ort: Park Café, Fehrbelliner Platz
Neue Interessenten werden um kurze Anmeldung unter Tel. 030/85 99 46 0 gebeten.

Wahlparty

Am 27. September findet im Stammhaus des Café Einstein eine Wahlparty des Verbandskreises für eingeladene Mitglieder und Gäste statt. Beginn ist ab 16:30 Uhr. Die Einladungen sind bereits per Post rausgegangen.

Datum: 27.09.2009

Zeit: 16.30h

Besuch Olympiastadion

Der geplante Besuch des Olympiastadions wird im Oktober stattfinden. Details folgen.

Unternehmer des Jahres

Der diesjährige Unternehmer des Jahres wird am 8. November gekürt werden. Weitere Einzelheiten dazu werden demnächst bekannt gegeben werden.

Jahresmitgliederversammlung

Die diesjährige Jahresmitgliederversammlung findet am 19. November statt. Weitere Informationen zu Ort und genauer Uhrzeit werden in Kürze folgen.

Risiken gezielt managen

Umfrage der Deutschen Bank zeigt Handlungsbedarf in den Unternehmen auf

Gerade in einer schwierigen Marktsituation sind Unternehmen auf Planungssicherheit angewiesen. Das gilt für mittelständische Unternehmen genauso wie für Großunternehmen. Ein modernes Risikomanagement ist dafür unverzichtbar.

Ob Währungen, Rohstoffnotierungen oder Zinsen: Die starken Schwankungen im Markt verändern die Kalkulationsgrundlagen der Unternehmen. Zwar lassen sich gesamtwirtschaftliche Rahmendaten nicht beeinflussen. Wohl aber können Unternehmenslenker für mehr Planungssicherheit und stabilere Erträge sorgen. Auch zahlreiche mittelständische Unternehmen in der Hauptstadtregion haben dies erkannt, und bauen ein entsprechendes Frühwarnsystem auf. Allerdings gibt es immer noch Nachholbedarf. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 400 deutschen Unternehmen, die die Deutsche Bank veröffentlicht hat. Die Studie zeigt, welche Risiken für Unternehmen vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise im Zentrum stehen.

Für 82 Prozent der befragten Unternehmen ist das Thema Risikomanagement sehr wichtig oder wichtig. Unternehmen im Osten Deutschlands bewerten das Thema dabei tendenziell am wichtigsten (83 Prozent). Obwohl Risikomanagement für Unternehmen wichtig ist, hat nur knapp die Hälfte der kleineren Unternehmen

ein systematisches Risikomanagement. Bei den größeren Unternehmen hingegen sind es bereits 75 Prozent. Für die meisten Unternehmen stehen Absatzrisiken (73 Prozent) und Ausfall-



Frank Tanaka und Harald Eisenach sind regionale Ansprechpartner im Rahmen der Kooperation von ASU, BJU und Deutscher Bank.

risiken (64 Prozent) an erster Stelle. Erstaunlich ist, dass Währungsrisiken trotz der großen Währungsschwankungen im Zuge der Finanzkrise als gering eingeschätzt werden. Für rund 80 Prozent der kleineren Unternehmen sind Währungsrisiken kein Thema. Bemerkenswert ist, dass Zinsrisiken eine untergeordnete Rolle spielen. Nur 26 Prozent der kleineren und 31 Prozent der größeren Unternehmen sehen darin eine Gefahr für ihr Unternehmen. Für jedes

zweite kleinere Unternehmen haben Liquiditätsrisiken eine große Bedeutung. In der Reihenfolge der Bedeutung werden als Risiken genannt: Absatzrisiken, Ausfallrisiken, Risiken durch Schwankungen der Rohstoffpreise, Liquiditätsrisiken, Energiepreisschwankungen, Währungsrisiken und Zinsrisiken.

Fazit: Risikomanagement ist zwar nichts Neues. Allerdings weist die Umfrage der Deutschen Bank auf Verbesserungspotenzial hin. Zudem erfolgte das Risikomanagement früher häufig intuitiv. Heute wird dieses weiterhin unersetzliche „Bauchgefühl“ durch zahlenbasierte Modelle und Simulationen unterstützt. Ist der Handlungsbedarf einmal identifiziert, können

Unternehmen an vielen Stellschrauben drehen. Dazu gehören z.B. Absicherungsstrategien mit Derivaten, die individuell auf die Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnitten werden können. Die Experten der Deutschen Bank stehen gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, das Risikomanagement im Unternehmen zu optimieren. *e-Mail Kontakt: frank-a.tanaka@db.com oder harald.eisenach@db.com*

Auf Tour für die nächste Generation

Im Rahmen der Kampagne „Immer eine Generation voraus“ veranstaltete der Verband „Die Jungen Unternehmer – BJU“ jüngst eine „Tour der nächsten Generation“ durch deutsche Großstädte.

Am 31. August machte der Wagen Station auf dem Joachimsthaler Platz in Berlin. Mit einem mobilen „Wahlgeschenke-Shop“ samt „Schuldenpresse“ verdeutlichten die Jungen Unternehmer, wie Wahlgeschenke von Politikern die junge Generation um ihre Zukunftschancen bringen. Der Regionalkreisvorstand der Jungen Unternehmer war fast vollständig vor Ort. Sie eröffneten den „Wahlgeschenke-Shop“

und überreichten Passanten daraus kleine Give-Aways. Diese symbolisierten Wahlgeschenke, wie Rentengarantie oder Abwrackprämie. Bezahlt wurden sie mit sandgefüllten Säckchen, die für die Staatsschulden stehen, die für die Wahlgeschenke aufgenommen werden müssen. Schließlich wurden die Säckchen/Staatsschulden auf die so genannte „Schuldenpresse“ gelegt. Dort zerdrückten sie symbolisch die Zukunftschancen der jungen Generation

– z. B. eine bessere Bildung und mehr Arbeitsplätze.

Sven Fietkau zieht eine positive Bilanz: „Es ist doch erstaunlich, dass die Leute auf der

Straße den Trick der Politik durchschauen. Die Wahlgeschenke von heute müssen morgen die Jungen bezahlen. Die Politiker von



heute müssen es dann nicht mehr verantworten.“ Von einer künftigen Bundesregierung forderte er einen größeren Einsatz für die Generationengerechtigkeit: „Ich würde mir wünschen, dass Politiker so langfristig denken wie Unternehmer und neue Schulden vermeiden. Statt immer nur höhere Steuern zu erheben, sollten wir über die Senkung der Staatsausgaben diskutieren.“

K O L U M N E

Zeig mir, was Du sagst

Von Wolf-Dietrich Groß *



Wer eloquent ist, gilt als guter Rhetoriker. Schon in der griechischen Antike spielte die Redekunst vor Gericht, wo Streitigkeiten ausgetragen wurden, eine große Rolle. Heute verstehen wir unter Rhetorik weit mehr als die Fähigkeit, sich oder ein Thema mit Worten ausdrucksstark und überzeugend darzustellen. Das wird besonders in Situationen deutlich, wo der Körperausdruck eines Menschen seinen Redefluss Lügen straft. Er formuliert wortgewandt, wirkt aber nicht glaubwürdig.

Oft nehmen wir die wortlose Sprache eher unbewusst wahr – als ein Bauchgefühl, das meist nicht trügt. Wichtig ist, in der persönlichen Kommunikation den anderen Menschen bewusst zu sehen und zu spüren. Den Augen fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie sind wichtige Verbündete der Ohren. Sie registrieren den gleichgültigen Gesichtsausdruck, zuckende Mundwinkel, verschmitztes Grinsen, offenes Lächeln oder mangelnde Präsenz. Die Gestik des Gesprächspartners eröffnet, in Ergänzung zum gesprochenen Wort, eine weitere Wahrnehmungsdimension. Wie gut und sicher fühlt sich der andere im Gespräch, hat er festen Boden unter den Füßen, steht er unverkrampft da, versenkt er seine Hände in den Hosentaschen oder kratzt sich in bestimmten Situationen am Kopf.

Auch die Stimme fungiert als wichtiger Ton- und Signalgeber. Insbesondere die Veränderung der Stimmlage oder des Tempos ist ein deutlicher Hinweis auf die Befindlichkeit des Sprechenden. Wird sie gezielt eingesetzt, kann sie eine spezifische Wirkung auf den Zuhörer erzielen helfen, sofern nicht dramaturgisch unkoordiniert andere, widersprüchliche Signale von Mimik und Körperhaltung ausgehen.

Die Überprüfung der eigenen Ausstrahlung ist für jede Führungskraft, die repräsentiert, von zentraler Bedeutung. Sich dabei Feedback zu holen, ist mehr als hilfreich, denn der eigene Blick auf sich selbst erweist sich meist als von der Gewohnheit und mangelndem Bewusstsein getrübt. Daher passen Selbsteinschätzung und Fremdwahrnehmung selten zusammen.

* In dieser Kolumne schreibt Wolf-Dietrich Groß regelmäßig über Coaching. Groß arbeitet als Kommunikationstrainer und Coach in Berlin, E-Mail: wdg@cmi-berlin.de

Roundtable-Gespräch mit Junger Union und Grünen

Sven Fietkau diskutierte gemeinsam mit Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union und Gerhard Schick, Die Grünen, über Wahlkampfthemen.

Moderiert wurde der Roundtable von Margaret Heckel, bis Juni 2009 Politikchefin der „Welt“ und „Welt am Sonntag“, und Buchautorin „So regiert die Kanzlerin“. Neben der umstrittenen Rentengarantie wurden Themen wie die kalte Progression in der Einkommenssteuer angeschnitten. Sven Fietkau machte das Dilemma an einem Beispiel aus seinem Unternehmen deutlich. „Wir haben das gerade für einen Bewerber durchgerechnet. Bei ihm wären von 100 Euro nur 43,65 Euro angekommen. Und zu den 100

Euro brutto kommen noch die Arbeitgeberanteile, sodass die Kosten auf Unternehmenseite 111 Euro betragen. Das lohnt nicht!“ Mit seiner Äußerung stieß er auf Widerspruch bei Mißfelder, der die mit dem sozialversicherungspflichtigem Einkommen verbundenen Rentenansprüche in die Waagschale warf. Darüber hinaus beherrschte das Thema Staatschulden die Gesprächsrunde. Schick richtete an die Unternehmerschaft den Apell, sich klar zu positionieren. Zwar wüssten viele, dass sich der Staat Steuersenkungen nicht leisten kann,

applaudierten aber dennoch, wenn Parteien Steuersenkungen befürworteten, solange die Mikrofone an seien. „Da würde ich bitten, dass wir vor und hinter den Türen genau dasselbe kommunizieren“, so Schick. Mißfelder formuliert eindeutige Prioritäten: zuerst Haushaltskonsolidierung, dann Steuerentlastung. „Es ist unverantwortlich, den jungen Generationen



Foto: Die Familienunternehmer - ASU / Frank Eidel

die Schulden aufzubürden und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit des Staates infrage zu stellen, betont der JU-Vorsitzende. Immer nur an der Einnahmeseite zu schrauben, das

sei typisches Denken der öffentlichen Hand, betonte in diesem Zusammenhang Fietkau: „Wenn ich Einnahmeausfälle habe, kann ich nicht per Knopfdruck Einnahmesteigerungen beschließen, ich muss Kosten sparen“. Zuletzt kam er noch auf das Thema Steuersenkungen zu sprechen: „Meine Wachstumsbremse ist die Finanzierbarkeit meines Unternehmens. Mein Unternehmen wächst sehr schnell, sodass ich sehr viel Eigenkapital ansammeln muss. Das wird massiv erschwert durch die Versteuerung des Kapitals, das ja im Unternehmen bleibt!“.

Familienunternehmer als Arbeitgeber beliebt

Eine aktuelle Umfrage von TNS-Emnid zeigt: 87 Prozent der Deutschen wünschen sich Familienunternehmen als Arbeitgeber.

Auch dieses Ergebnis bestätigt eindrucksvoll das „Familienunternehmer-Prinzip“, bei dem Handeln und Verantwortung eins sind. Denn der Familienunternehmer haftet für jegliches unternehmerisches Risiko. Dies bewahrt ihn und seine Arbeitnehmer vor halbsbrecherischen Entscheidungen. Mehr als 90 Prozent der Befragten gaben zudem an, dass „Fachliche Kompetenz“ und „Streben nach langfristigem Erfolg“ Familienunternehmen am besten beschreiben.

Auch „verantwortungsvolles Umgehen mit den Mitarbeitern“ und verlässliches Handeln“ finden sich ganz weit oben auf der Definitions-Skala von Familienunternehmen. Um ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu erhöhen, sollten sich Familienunternehmen stärker gesellschaftlich engagieren, finden vier von fünf Befragten. Knapp 70 Prozent meinen, eine stärkere Medienpräsenz täte Not. Die Studie basiert auf einer telefonischen Befragung – einer Stichprobe von 1000 Deutschen ab 14 Jahren.

Mehr Infos gibt es hier: http://www.familienunternehmer.eu/uploads/tx_templavoila/tns_emnid.pdf

Wie sich Arbeitsbedingungen rechtlich flexibilisieren lassen

Teil 1: Flexibilisierung von arbeitsrechtlichen Pflichten wie Arbeitszeit und Entgelt

Die Änderung von vertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen, wie Lohnkürzungen oder der Abbau von Arbeitszeiten, sind mit einer Änderungsvereinbarung rechtlich recht einfach zu erreichen, praktisch aber bringt dies häufig Schwierigkeiten mit sich. Denn in der Regel werden Zugeständnisse des Arbeitnehmers ohne Gegenleistung selten Erfolg haben.

Müssen zudem Tarifverträge berücksichtigt werden wird dies noch deutlich schwieriger. Denn eine tarifverschlechternde Lohnvereinbarung ist bei beiderseitiger Tarifbindung praktisch kaum erreichbar: Entweder bedarf es einer Tariföffnungsklausel oder der Zustimmung der Tarifparteien, also beispielsweise einem Sanierungstarifvertrag. Es kommen auch Verbandsaustritt oder gegebenenfalls Kündigung des Haustarifvertrages in Betracht. Dies geht allerdings nicht ohne Nachwirkungen ab. Zusätzlich ist daran zu denken, auch bei einer, nur vorübergehenden Herabsetzung der Arbeitszeit, der Betriebsrat zu beteiligen ist. Ansonsten ist die betriebsbedingte Änderungskündigung zur Lohn- und Gehaltskostensenkung bzw. zur Arbeitszeitreduzierung eine Möglichkeit. Diese ist allerdings nur zu begründen, wenn bei gleichbleibenden Löhnen untragbare Verluste entstehen, die in naher Zukunft eine erhebliche Reduzierung des Personalbestands oder die



Stilllegung des Betriebs unvermeidbar machen würden. In der Rechtsprechung ist es außerdem fraglich, ob das einseitige Mittel einer Änderungskündigung zu Arbeitszeitreduzierung, einhergehend mit einer entsprechenden Lohnkürzung, gegenüber sämtlichen vom Arbeitsausfall betroffenen Arbeitnehmern in Betracht kommt. Aber wie der Arbeitgeber auf einen Arbeitsrückgang reagiert: Änderungskündigung für alle oder Beendigungskündigung für wenige, ist grundsätzlich in seine unternehmerische Organisationsfreiheit gestellt.

Eine weitere Möglichkeit, die Personalkosten zu senken, ist der Abbau von Sonderzahlungen. Der Arbeitgeber kann die Zahlung von Sonderleistung verweigern, indem er sich auf die Freiwilligkeit dieser Leistung beruft, bzw. die Sonderzahlung zu widerrufen – je nachdem, unter welchem Vorbehalt die Zahlung erfolgt ist. Nötigenfalls muss die Abänderung des Arbeitsvertrages durch eine Änderungsvereinbarung mit dem Arbeitnehmer erreicht werden. Zudem ist auch der Abbau der freiwilligen Sonderzahlung mit dem Betriebsrat abzusprechen. Eher praxisfremd ist die negative betriebliche Übung, dass der Arbeitgeber über drei Jahre hinweg widerspruchslos die Sonderzahlungen nicht mehr oder in geringerer Höhe zahlt. *Mehr: www.kanzlei-pfoertsch.de*

Kommentar

Die Familienunternehmer-Vorsitzende RK Berlin Bettina Mützel zum Thema: Wahlkampf



Jetzt sind sie wieder da, die Werbespots der vielen Parteien, von denen man nur während des Wahlkampfes hört, und dann nie wieder. Jedes kleinste Splitterinteresse findet mit Sicherheit eine Partei, die sich dieser Thematik annimmt. Und dann gibt es da noch die Parteien, die einem ein Schmunzeln entlocken, wie z.B. die ‚Piratenpartei‘, die sich für die kostenfreie Nutzung des Internets einsetzt. Doch bei genauem Hinsehen macht das eher nachdenklich. Die online-Mitgliedschaften der ‚Piratenpartei‘ lassen die etablierten Parteien vor Neid erblassen. Würden die Wahlen im Netz stattfinden, wäre die ‚Piratenpartei‘ der absolute Wahlsieger. Ist das gelebte Demokratie? Unsere Wahllandschaft ist gekennzeichnet durch kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligungen, Rechtsruck in einzelnen Bundesländern, Linksruck im Saarland und aberwitzige Koalitionsideen.

Wo ist eigentlich der mündige Wähler, der seine demokratischen Rechte nutzt? Ein Blick auf die Struktur der Wahlberechtigten lässt für jetzt und die Zukunft nichts Gutes ahnen. Die Mehrheit der Wähler lebt ganz oder teilweise von Transferleistungen des Staates und dies schon in der zweiten oder dritten Generation. Eine gewisse Politikverdrossenheit lässt sich da kaum ausschließen. Und der mündige, aktive Wähler? Auf welches Wahlversprechen soll er setzen, das dann doch wieder gebrochen wird. Wann endlich lernt die Politik, dass der Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners niemandem nutzt? Wo sind die Politiker, die endlich wieder zu dem zu stehen, was sie vor der Wahl versprechen. Oder bekommt jedes Volk die Regierung, die es verdient? Unsere Geschichte sollte uns ein Warnsignal sein, diese Entwicklungen in der demokratischen Landschaft mit äußerster Wachsamkeit zu beobachten.

Trends bei Umfragen unseres Verbandes

Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge:

Die Ergebnisse der Umfrage von „Die Familienunternehmer - ASU“ und „Die Jungen Unternehmer - BJU“ unterstreichen die Forderung, die der Verband vor Kurzem an die Politik herangetragen hat: 79 Prozent der befragten Unternehmer finden, dass die Vorverlegung des Einzugs der Sozialversicherungsbeiträge vom 15. des Vormonats auf den Anfang des Folgemonats wieder rückgängig gemacht werden sollte. So würde den Unternehmen, die für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sorgen, wieder mehr Liquidität verschafft.

Investitionshemmnisse und Krisenmanagement der Politik:

An erster Stelle, der derzeit größten Investitionshemmnisse nannten die befragten Verbandsmitglieder die Unberechenbarkeit der Finanz- und Wirtschaftspolitik, gefolgt von konjunkturbedingten Absatzproblemen. Parallel wurden den Politikern anhand ihres Krisenmanagements von unseren Mitgliedern „Kopfnoten“ vergeben. Das beste Krisenmanagement attestieren die Familienunternehmer -- so schrieb auch die FAZ in einem Artikel - derzeit Karl-Theodor zu Guttenberg mit der Schulnote 2,5.